

Mittwoch, 15. April 1992

Welchen Kurs schlägt Bodenheim ein?

Postfrachtzentrum: Gestern Gespräch im Wirtschaftsministerium / Ratssitzung

kss. VG BODENHEIM — Alle Augen sind jetzt auf die Gemeinde Bodenheim gerichtet, denn ihre grundsätzliche Zustimmung zur Errichtung eines Postfrachtzentrums im Unterfeld steht noch aus (wir berichteten). Im Mainzer Wirtschaftsministerium fand gestern ein Gespräch am „runden Tisch“ statt, an dem sowohl die beiden Bürgermeister Ollig und Achatz als auch Vertreter der Bundespost teilnahmen.

Der Bodenheimer Ortschef Alfons Achatz hat jetzt eine Gemeinderatssitzung für Mittwoch, 29. April, anberaumt, während der über das Bauvorhaben im Unterfeld eine endgültige Entscheidung fallen soll. Um umfassend informiert zu sein, hatten er und Vertreter der Ratsfraktio-

nen am Montag ein Frachtzentrum der Bundespost in Hagen besichtigt. „Gewaltige Dimensionen“ machte Achatz aus und gibt auch zu bedenken, daß ein Großteil an Freifläche versiegelt würde. Seine Einwilligung signalisierte er im Gespräch mit der AZ trotzdem: „Ich könnte dem Bauvorhaben zustimmen“. Ob es den anderen Gemeinderatsmitgliedern genauso gehe, müßten sie mit sich selbst ausmachen. Doch Achatz erinnert daran, daß „wir strukturpolitisch über unseren Kirchturm hinausblicken sollten“ und pocht auf die „Verantwortung, die wir Kommunalpolitiker gegenüber der Bevölkerung haben“. Am Freitag nächster Woche wird in Bodenheim ein Gespräch mit den Privateigentümern

stattfinden, denen die betroffenen Grundstücke im Unterfeld gehören. Wenn dann auch der Rat sein Plazet gebe, sei der Spatenstich im Frühjahr 1993 wohl „durchaus machbar“, betont Achatz.

Ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Bauvorhaben der Bundespost hat die Gemeinde Nackenheim schon formuliert, fordert allerdings noch den Bau einer Umgehungsstraße. Für Bürgermeister Günter Ollig zählt insbesondere das Argument „Arbeitsplätze“. Warum die Nachbargemeinde sich bislang ablehnend verhalten habe, könne er nicht verstehen: „Eine Entscheidung muß jetzt fallen“.

Harsche Kritik am Frachtzentrum äußerte unterdessen der Fraktions-

sprecher der VG-GAL, Hans-Edmund Knab. Schließlich liege das benötigte Areal in einem Landschaftsschutzgebiet und einem regionalen Grünzug. Dieser solle den Siedlungsraum gliedern und eine Belüftungszone zwischen beiden Gemeinden erhalten. Die Verordnung für das Schutzgebiet sehe zwar vor, daß es teilweise städtebaulich genutzt werden könne, allerdings nur in begründeten Fällen. Es stelle sich die Frage nach Recht und Ordnung in unserem Staat, wenn sich jetzt sowohl Ministerpräsident Scharping als auch Wirtschaftsminister Brüderle für das Projekt stark machten, „bevor das baurechtliche Verfahren überhaupt eingeleitet ist“.